



Die SP sagt 3 Mal Nein: zur Managed-Care-Vorlage und den Initiativen «Eigene vier Wände dank Bausparen» und «Staatsverträge vors Volk».

Seiten 2 bis 4

Mitgliederzeitung der SP Schweiz

127 • CH Mai 2012 AZB 3001 Bern

Ex-Press



Jetzt Initiative unterschreiben
Abschaffung der Pauschalbesteuerung
Bogen in der Heftmitte

Wer die Wahl will, zahlt drauf

Statt besser wird die medizinische Behandlung teurer, und die freie Wahl von Ärztin, Spital oder Pflegeheim gibts nur noch gegen Geld. Von dieser Managed-Care-Vorlage profitieren die Krankenkassen, nicht aber die Versicherten. Und schon gar nicht das Gesundheitswesen.

Seite 2

POSITIONEN



Zwei Nationalrätinnen und zwei Nationalräte sagen, was sie vom ersten Entwurf des SP-Migrationspapiers halten.

Seiten 6 und 7

KAMPAGNE



Exakt zehn Jahre nach dem Ja zur Fristenregelung greifen konservative Kreise mit einer Initiative Rechte und Würde der Frauen an.

Seite 14

CARTE BLANCHE



Könnte das bedingungslose Grundeinkommen am Ende zu Faulheit führen? Überlegungen und beruhigende Worte dazu von Oswald Sigg.

Seite 19

NEIN ZUR MANAGED-CARE-VORLAGE

Managed Care – so nicht!

Dank Managed Care soll die Zusammenarbeit von ÄrztInnen und die Behandlung von Kranken verbessert werden. Die SP unterstützt Managed Care, und trotzdem lehnt sie die Gesetzesrevision ab. Denn unter dem Strich hat diese für Patientinnen und Patienten deutlich mehr Nach- als Vorteile.

Zuerst sei eine Frage erlaubt: Wieso sollen Patientinnen und Patienten künftig dafür bestraft werden, dass die Krankenkassen heute ihren Job nicht machen? Das Positive des umstrittenen Gesetzes – die Förderung der integrierten Versorgung und damit der ärztlichen Netzwerke – ist bereits heute möglich. Doch statt endlich vorwärtszumachen und in allen Regionen solche Angebote zu fördern, halten die Krankenkassen lieber an ihren alten Zielen fest: Vertragsfreiheit und höhere Kostenbeteiligung durch die Versicherten. Und genau das haben sie mit gütiger Unterstützung der bürgerlichen Ratsmehrheit inklusive der unzähligen Kassenlobbyisten durchgesetzt.

Integrierte Versorgung oder eben Managed Care ist gut, dieses Gesetz aber ist schlecht. Unter dem Strich haben wir die Wahl zwischen zwei schlechten Optionen: Entweder wir zahlen künftig mehr für die heutigen Leistungen. Oder wir zahlen gleich viel wie heute, erhalten aber für diesen Preis weniger Leistungen. Die Vorlage ist ein Etikettenschwindel.

Worum geht es? Die Zusammenarbeit zwischen den Ärztinnen und Ärzten soll unter an-

derem mit sogenannten Ärztenetzwerken verbessert werden. Wo und unter welchen Bedingungen solche Netzwerke entstehen, soll in der Hand der Krankenkassen liegen. Letztere sollen alleine entscheiden können, mit welchen Ärztenetzwerken sie Verträge abschliessen (Teil-Vertragsfreiheit). Damit diktieren die Kassen die Preise und wenn ein Netzwerk zu teuer ist, weil es beispielsweise überdurchschnittlich viele schwer kranke Menschen behandelt, wird es von den Krankenkassen nicht unter Vertrag genommen.

Das Nachsehen haben dabei nicht nur die betroffenen Ärztinnen und Ärzte, sondern auch die Versicherten. Wer sich künftig keinem Ärztenetzwerk anschliessen will oder kann, zahlt nicht mehr 10 Prozent auf jede Arztrechnung, sondern 15 Prozent, und dies bis zu einem Höchstbetrag von 1000 Franken statt wie bis heute 700 Franken.

Nicht besser sieht es für jene aus, die sich einem Netzwerk anschliessen. Sie haben zwar keine höheren – aber auch keine tieferen! –

Kosten zu erwarten, doch verzichten sie auf die freie Arztwahl. Damit nicht genug: Da Ärztenetzwerke respektive die Krankenkassen mit ihrer zusätzlichen Macht auch Exklusivverträge mit Pflegeheimen und Spitälern vereinbaren dürfen, können Netzwerk-Versicherte künftig auch ihr Spital und ihr Pflegeheim nicht mehr selber wählen.

Besonders vertrackt ist die Situation für chronisch kranke Menschen: Ihre bisherigen Ärztinnen und Ärzte sind kaum je im selben Netzwerk. So haben sie die schlechte Wahl: Entweder sie zahlen künftig mehr, weil sie weiterhin zu ihren bisherigen Vertrauensärztin-

«Managed Care ist gut, dieses Gesetz aber ist schlecht.»

nen und -ärzten gehen wollen, oder sie gehen in ein Netzwerk und wechseln einen Teil ihrer bisherigen Ärztinnen und Ärzte.

Beim genaueren Hinsehen erweist sich das Managed-Care-Gesetz als kleiner politischer Giftschrank: Die Macht der Krankenkassen wird ausgebaut, die freie Arztwahl durch die Teil-Vertragsfreiheit eingeschränkt und die freie Wahl des Spitals und des Pflegeheims abgeschafft. Wer diese Leistungsreduktionen nicht will, muss künftig mehr zahlen. Damit werden sich über kurz oder lang nur noch die Gutverdienenden eine umfassende Grundversorgung leisten können.

Gerade wenn – wie im Gesundheitswesen – der Druck für Reformen gross ist, müssen wir vorsichtig sein. Lieber keine Reformen als solche in eine falsche Richtung. Und die Managed-Care-Reform geht mit der Förderung der Zweiklassenmedizin, dem Kassendiktat und der eingeschränkten freien Arztwahl in die falsche Richtung.

Die SP sagt Ja zu Reformen, wenn sie allen dienen. Und die SP sagt Nein zu Reformen, die einseitig die Privilegien gewisser Akteure – hier der Krankenkassen – verstärken. Lehnen wir deshalb diese Vorlage ab. Und machen wir einmal mehr klar: Reformen in Sozial- und Gesundheitspolitik gibt es nur mit, aber nicht gegen die SP.



Fotolia



Jacqueline Fehr ist Nationalrätin aus Winterthur und Vizepräsidentin der SP Schweiz.



NEIN ZUR SCHÄDLICHEN AUNS-INITIATIVE, DENN WIR WISSEN

Wohär dr Wind wääit

Verpackung und Titel der Initiative sind verlockend: Wer kann dagegen sein, dass die «Volksrechte in der Aussenpolitik» gestärkt werden sollen, damit Volk und Stände automatisch zu allen «Staatsverträgen in wichtigen Bereichen» abstimmen könnten? Das tönt doch gut! Ist es aber nicht.

Die Initiative stärkt die Kräfte in unserem Land, die mit dem Rücken zur Zukunft den «Alleingang» vertreten, und schwächt die Stellung der Schweiz in der Welt.

Seit 1921 haben wir in der Schweiz das Staatsvertragsreferendum, das in der Folge in mehreren Schritten ausgebaut wurde. Heute geniessen wir in aussenpolitischen Fragen grundsätzlich dieselben direktdemokratischen Mitwirkungsrechte wie in der Innenpolitik. Das kennt bisher kein anderes Land auf der Welt. Und es hat sich bewährt.

Weshalb dann die Initiative? Ganz einfach weil die «AUNS-Leute» neue Druckmittel gegen die schweizerische Aussenpolitik suchen und weil sie damit nicht mehr gezwungen wären, die 50 000 Unterschriften gegen referendumsfähige völkerrechtliche Verträge zu sammeln, um ein fakultatIVES Staatsvertragsreferendum zu erzwingen.

Ich bin klar gegen diese Initiative, weil sie die Position der Schweiz bei internationalen Verhandlungen erheblich schwächt. Jährlich werden 500 Staatsverträge abgeschlossen. Ein Grossteil der Verträge hat keine besondere Tragweite und kann deshalb vom Bundesrat und der Bundesverwaltung selbständig abgeschlossen werden. Im Parlament behandeln wir jährlich 20 bis 40 Staatsverträge, wovon wir rund 20 dem fakultativen Referendum unterstellen.

Die Initiative verlangt, dass alle «wichtigen Staatsverträge» obligatorisch Volk und Ständen unterbreitet werden müssen. Bisher haben die Initiantinnen und Initianten nicht ansatzwei-

se darlegen können, was sie unter «wichtigen Staatsverträgen» verstehen. Auch die in Aussicht gestellten Klärungen durch «Staatsrechtler» blieben bisher aus. Dieser unbestimmte Rechtsbegriff existiert bis heute nicht im schweizerischen Rechtssystem. Das hat zur Folge, dass bei jedem Staatsvertrag dann im Parlament – bei wechselnden Mehrheiten – zu entscheiden wäre, ob dieser nun Volk und Ständen obligatorisch zu unterbreiten sei.

Diese Rechtsunsicherheit bedeutet, dass der Bundesrätin seinen Verhandlungsgeschwächt würde, weil er der Gegenseite keine verbindlichen Angaben über die formelle Zuständigkeit und insbesondere über den Zeitbedarf des Genehmigungsverfahrens machen könnte.

Mit der Initiative soll auch das obligatorische Finanzreferendum für aussenpolitische Verpflichtungen von über einer Milliarde oder von wiederkehrenden Zahlungen von über 100 Millionen Schweizer Franken eingeführt werden. Das wollen die gleichen Kräfte, die sich dagegen wehren, dass über Kampfflugzeuge, die mehrere Milliarden kosten, abgestimmt wird.

Ich hoffe, dass die Mehrheit von Volk und Ständen merkt, «wohär dr Wind wääit».



Hans Stöckli
ist Ständerat aus Biel/Bienne

Flankierende statt Ventil

Die SP-Fraktion ist skeptisch, dass der Bundesrat die Ventilklausel anrufen will. Weder lässt sich damit das Lohndumping noch die Überhitzung auf dem Wohnungsmärkten in den Ballungszentren nachhaltig verhindern. Die SP drängt weiter klar auf die rasche Einrichtung neuer flankierender Massnahmen. Insbesondere braucht es mehr Kontrollen auf dem Arbeitsmarkt und spürbare Sanktionen für jene, die mit Lohndumping oder Scheinselbstständigkeit versuchen, die Regeln zu unterlaufen. Zudem braucht es eine Solidarhaftung für Unternehmen, die ihre Aufträge an Dritte weitergeben. Weitere flankierende Massnahmen fordert die SP auch in der Wohn- und Bodenpolitik, damit die Miet- und Bodenpreise in den Ballungszentren nicht weiter steigen.

Legislaturplanung: SP-Erfolge

Der SP ist es in der vorbereitenden Kommission gelungen, in der Legislaturplanung 2011–2015 wichtige Akzente zu setzen und die Planung des Bundesrats um wesentliche Gleichstellungsziele zu ergänzen. So soll in den kommenden Jahren die Lohnungleichheit in der Schweiz endlich erreicht werden, die Diskriminierung der Geschlechter soll beseitigt und die Chancengleichheit von Mann und Frau in der Wirtschaft avisiert werden. Diese und weitere zentrale SP-Anliegen haben in der Legislaturplanungs-Kommission eine Mehrheit gefunden. Sie gehören als wichtige Elemente in die Planung der laufenden Legislatur und sollen bis 2015 verwirklicht werden.

Kein Privileg für Pharma

Mit einer unglaublichen Forderung versucht die Basler Pharmaindustrie, die Politik für ihre Interessen einzuspannen. So sollen einige wenige Pharmakonzerne zu Lasten aller bei der Berechnung der Medikamentenpreise von einem tieferen Frankenkurs profitieren, während die übrige Wirtschaft weiterhin unter einer überbewerteten Währung zu leiden hätte. Die Pharmariesen zittern um ihre Privilegien und versuchen die Politik mittels Lobbying einzuschüchtern. Nach dem Willen der Pharmaindustrie soll die Senkung der Medikamentenpreise, welche Gesundheitsminister Alain Berset plant, im Parlament torpediert werden. Dazu wird die SP unter keinen Umständen Hand bieten.

SGB-Verteilungsbericht

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat seinen Verteilungsbericht 2012 veröffentlicht. Er bestätigt das Bild der sich weiter öffnenden Schere: Die verfügbaren Einkommen der unteren und mittleren Einkommen wachsen kaum respektive sinken bei Einzelhaushalten sogar, während die hohen und höchsten Einkommen ständig zulegen und die Vermögen sich auf immer weniger Reiche konzentrieren. Die Gründe dafür werden in der Politik verortet – in einer Steuer- und Abgabepolitik, von der vor allem die Gutverdienenden profitieren. → www.verteilungsbericht.ch

NEIN ZUR INITIATIVE «EIGENE VIER WÄNDE DANK BAUSPAREN»

Kein neues Steuersparvehikel!

Nach der Abstimmung im März kommt innert eines Vierteljahres bereits die zweite Bauspar-Vorlage vors Volk. Auch diese Initiative ist unnötig, ungerecht, ineffizient und teuer – versenken wir sie an der Urne.

Man sagt ja, gute Ideen brauchen mehrere Anläufe, bis sie das Volks- und Ständemehr erreichen. Das war so beim Frauenstimmrecht oder beim Mutterschaftsurlaub. Es gibt aber Anliegen, die jedes Mal abgelehnt werden sollten. Da spricht man zu Recht von Zwängerei. Dies gilt sicher beim Thema Bausparen mittels Steuerabzügen. Dass sich die beiden Initiativkomitees, die personell fast gleich besetzt sind, nicht auf eine einzige Initiative einigen konnten, ist unverständlich. Sie waren sich nicht einmal einig, in welcher Reihenfolge die beiden Initiativen dem Volk vorgelegt werden sollten: So wollten ihre Vertreterinnen und Vertreter in der zuständigen Kommission des Nationalrates mittels Motionen einmal die eine, das andere Mal die andere Reihenfolge. So werden wir nun nach der März-Schlappe mit fast 56 Prozent Nein-Stimmen zur Initiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen» am 17. Juni auch «Eigene vier Wände dank Bausparen» bachab schicken müssen.

Unterstützung für die Falschen

Das Bausparen durch Steuerabzüge ist ungerecht. Es bevorzugt die Haushalte, die über ein sehr gutes Einkommen verfügen, gleich doppelt: Zum einen sind die Steuerermässigungen wegen der Progression bei hohen Einkommen viel grösser als bei kleinen. Andererseits können Familien mit hohem Einkommen mehr auf die Seite legen als andere.

Die Initiative sieht vor, dass Einzelpersonen bis zu 10 000 Franken jährlich steuerbefreit fürs Bausparen auf die Seite legen können – Paare das Doppelte. Aber wer kann sich das denn leisten? Berechnungen der Finanzdirektoren zeigen, dass eine Familie mit rund 100 000 Franken Brutto-Einkommen höchstens 6000 Franken jährlich zur Seite legen kann. Selbst wenn sie dieses Geld nicht für anderes wie Ausbildung der Kinder, Reisen, Weiterbildung, Sport verwendet, reicht die Summe nach zehn Jahren Bausparen nicht zum Kauf einer Wohnung oder zum Bau eines Häuschens. Die Behauptung der Initianten, es gehe ihnen um die Eigentumsförderung auch für Familien mit mittlerem Einkommen, ist falsch. Die Initiative unterstützt im Gegenteil jene am stärksten, die es gar nicht nötig haben. Dieser sogenannte Mitnahmeeffekt ist volkswirtschaftlich unsinnig. Er führt nicht zu zusätzlicher Bautätigkeit, wohl aber zu Steuerausfällen.

Die massiven Steuerausfälle zahlen alle

Und diese Steuerausfälle sind massiv. Die kantonalen Finanzdirektoren rechnen mit Ausfällen für Kantone und Gemeinden in der Höhe von gegen 250 Millionen Franken jährlich. Solche Beträge können in Zeiten der knappen Budgets nur durch Einsparungen – das nächste

St. Galler Sparpaket lässt grüssen – oder durch Steuererhöhungen wettgemacht werden. Dies bezahlen dann aber alle. Auch jene, die gar nie «bausparen» können.

Am 11. März wurde die letzte Bauspar-Initiative von 55,8 Prozent der Stimmenden abgelehnt, im Kanton St.Gallen gar von 57,2 Prozent. Die jetzige Vorlage hat gegenüber der ersten zwei zusätzliche Nachteile: Zum Ersten müssten alle Kantone und auch der Bund das Bausparen einführen, es gäbe also keine Freiwilligkeit. Zum Zweiten würde die Initiative Steuererleichterungen auch dann ermöglichen, wenn man gar nicht fürs Bauen spart. Liest man nämlich den Initiativtext, so

«Die Behauptung, es gehe um die Eigentumsförderung auch für Familien mit mittlerem Einkommen, ist falsch.»

wird klar, dass hier ein eigentliches Steueroptimierungsvehikel geschaffen wird: Man kann zehn Jahre lang Geld steuerfrei auf die Seite legen, steuerfreie Zinsen inklusive. Will man nach Ablauf der Bausparzeit plötzlich gar kein Wohneigentum mehr erwerben, so gibt es keine Nachbesteuerung. Die Initiantinnen und Initianten haben in dreister Absicht auf eine entsprechende Regelung verzichtet.

Mehr Wohneigentum dank genossenschaftlichem Wohnungsbau

Als Politikerin und Präsidentin des Hausvereins Schweiz bin ich an einer breiten Streuung von Wohneigentum interessiert. Dafür muss es günstigen Wohnraum geben. Der Staat sollte deshalb den genossenschaftlichen Wohnungsbau unterstützen, der zu erschwinglichem Wohnraum für viele führt und die Bauwirtschaft ankurbelt. Zudem muss der Boden der Spekulation entzogen werden. Hohe Bodenpreise sind ein Hindernis für günstiges Wohnen. Ein altes, aber wirkungsvolles Instrument ist die Landvergabe im Baurecht.

Auch diese zweite Bauspar-Initiative verdient ein Nein – denn sie ist unnötig, ungerecht, ineffizient und teuer!



EX-Press



Hildegard Fässler ist Nationalrätin aus Grabs (SG) und Präsidentin des Hausvereins Schweiz

Kein Ablasshandel

Seit Jahrzehnten kämpft die SP gegen das Steuerhinterziehergeheimnis. Die von den Banken finanzierten Bürgerlichen verteidigten es noch bis vor kurzem mit Erfolg. Seit 2009 bricht die Blockade jedoch auf, die Staaten brauchen Geld. Die hängigen Abgeltungssteuer-Abkommen dürfen aber nicht zum Ablasshandel werden.

Der Kampf der SP gegen das Bankgeheimnis dauert seit Jahren, wie ein Blick zurück zeigt: Bereits 1979 hat sie mit ihrer Initiative gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht gefordert, dass die Banken den Behörden und Gerichten über die verwalteten Vermögen Dritter Auskunft erteilen müssen. Im Wirtschaftskonzept von 1994 wurden international koordinierte harte Massnahmen gegen Steuerhinterziehung gefordert. 2010 zeigte die SP-Fraktion mit Studien auf, dass der Kampf gegen die Steuerhinterziehung Arbeitsplätze im Finanzsektor sichert. Und im Frühjahr hat die SP-Fraktion die Nachbesserung des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA erfolgreich von konkreten Schritten zur Weissgeldstrategie abhängig gemacht.

Ein bürgerliches Projekt

Zurzeit liegen Abkommen über eine Abgeltungssteuer mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich auf dem Tisch: Auf Gelder ausländischer BankkundInnen soll eine Steuer erhoben werden, die von der Schweiz an den jeweiligen Staat weitergegeben wird. Die KundInnen bleiben dabei anonym. Die Abgeltungssteuer ist ein bürgerliches Projekt – hüben wie drüben. Das zeigt der Fall Deutschland. Die CDU-Regierung verhilft damit ihrer Klientel mit Schwarzgeldern auf Schweizer Bankkonten zu ruhigen Nächten. Unter dem Druck der Opposition hat Finanzminister Wolfgang Schäuble mit viel Vernebelungstaktik das Abkommen nachgebessert – Grossbritannien hat nachgezogen: Die Steuersätze wurden auf 21 bis 41 Prozent erhöht und Erbschaften müssen offengelegt oder mit 50 Prozent belastet werden. Auch dürfen neu 1300 Auskünfte über Steuerpflichtige mit Konten in der Schweiz eingeholt werden statt wie anfangs vorgesehen 999. Und um die Verlagerungen unversteuerter Vermögen in andere Länder mindestens zu bremsen, besteht eine Meldepflicht ab Inkrafttreten Anfang 2013.

Informationsaustausch ist nicht vom Tisch

In der Schweiz versuchen die Bankiervereinigung und die FDP mit der Abgeltungssteuer den automatischen Informationsaustausch zu verhindern. Diese Rechnung dürfte kaum aufgehen. Die Quellensteuerabkommen sind aufwendig und für die Banken teuer. Schweizer Banken werden mit der Abgeltungssteuer zu Inkassostellen des deutschen Fiskus. Wer hätte

das noch vor ein paar Jahren gedacht? Das ist die Ironie der Geschichte.

Inzwischen bröckelt bereits die Einheitsfront der Banken. Banker wie Pierin Vincenz, CEO der Raiffeisenbank, sprechen sich für den automatischen Informationsaustausch aus. Und in der OECD wird der Druck zur Einführung des automatischen Informationsaustausches nicht nachlassen.

Kein billiger Ablasshandel

Für die SP ist klar: Steuerhinterziehung ist immer ungerecht. Betrogen werden damit die ehrlichen SteuerzahlerInnen. Die Abgeltungssteuer darf deshalb nicht zum billigen Ablasshandel werden. Der steuererhliche Finanzplatz muss mit verschiedenen Instrumenten rasch umgesetzt werden:

- Ausländische BankkundInnen müssen mit einer glaubwürdigen Selbstdeklaration bezeugen, dass ihre Gelder in der Schweiz versteuert sind. Die Banken haben das mit einer erhöhten Sorgfaltspflicht zu überprüfen (Selbstdeklaration plus). Diese Vorlage muss noch vor den Sommerferien auf den Tisch.

- Zur Vergangenheitsbewältigung kann die Abgeltungssteuer geeignet sein. Insbesondere für Länder ohne ausgebaute Verwaltung.

- Bei den Abkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich muss mit einem Informationsaustausch sichergestellt sein, dass ausländische SteuerhinterzieherInnen nicht mit der Einführung der Abgeltungssteuer in andere Steueroasen abhauen.

- Der Bundesrat muss explizit erklären, dass mit der Abgeltungssteuer der automatische Informationsaustausch nicht blockiert wird.

Die Abgeltungssteuer ist keine Alternative zu Selbstdeklaration und Informationsaustausch, sondern eine Ergänzung. Es darf keine neuen Steuerschlupflöcher geben. Das wird in den beiden Wirtschaftskommissionen zu prüfen sein. Mit der vorläufigen Sistierung der Abgeltungssteuer gewinnen wir Zeit für Nachbesserungen – diese sind für die Durchsetzung einer Weissgeldstrategie nötig. Nur das sichert langfristig die Arbeitsplätze im Finanzsektor.



Susanne Leutenegger Oberholzer
ist Nationalrätin aus Baselland

STANDPUNKT



Stefan Hostettler
Generalsekretär a. i.

Null lernfähig

Läuft eine Gruppe oder ein Verein nicht wie Lemminge hinter dem Leithammel her und rennt nicht zigmal in die gleiche Wand, schwärmen BetriebswirtschaftlerInnen von einer lernenden Organisation. Einer Organisation, die auf Veränderungen im Umfeld reagiert, eigene Normen und Werte hinterfragt und sich freiwillig verändert, um ihre Ziele zu erreichen. Es gibt aber auch die andere Kategorie von Gruppen, Unternehmen oder Parteien. Ihr Reaktionsvermögen erinnert eher an eine verdorrte Zimmerpflanze. Entsprechend sind sie lernresistent.

Dass sie zur zweiten Gruppe gehört, hat in den letzten Tagen die UBS – oder vielmehr ihr Topkader – bewiesen. Ich vermeide bewusst den Begriff «VerantwortungsträgerIn» – ManagerInnen von Kolossen der Finanzwirtschaft haben bekanntlich im Ernstfall nichts zu befürchten. UBS-Chef Sergio Ermotti meinte also, er müsse der Öffentlichkeit und insbesondere der Politik die Welt erklären. Geradezu apokalyptisch warnte er vor dem «Wirtschaftskrieg» und der angelsächsischen Finanzkonkurrenz, die die Schweizer Grossbanken mit allen Mitteln in «die Knie zwingen» will. Natürlich liess er es sich nicht nehmen, auch die Arbeitsplatzkeule zu schwingen: Zehntausende Stellen werden verloren gehen – sprich: Ermotti will so viele Mitarbeitende auf die Strasse stellen –, wenn die Schweiz nicht generalmobilisiert.

Solche Belehrungen und Verklärungen der eigenen Verantwortung von einem Konzern, der ohne staatliche Hilfe längst abgewickelt worden wäre, sind dreist, aber leider nichts Neues. Man gebärdet sich gerne selbstherrlich, als ob die selbsternannten Masters of the Universe in den Teppichetagen der Banken die Weltwirtschaft nicht an den Abgrund gefahren hätten. Schon die Vorgänger Grübel und Villiger gefielen sich in der Besserwissersrolle: Von der Bankenwelt verstehe die Politik schlicht zu wenig und solle sich darum nicht einmischen. Mindestens solange die Banken kein Geld oder staatliche Unterstützung per Notrecht benötigen natürlich.

Dass man wirklich noch immer nichts gelernt hat, bewies die UBS letzte Woche dann noch mit der Ankündigung, künftig all jene Parteien finanziell zu unterstützen, die sich zu Wettbewerb und Marktwirtschaft bekennen. Für eine Bank mit dieser Vorgeschichte und einer faktischen Staatsgarantie ein starkes Stück.

3 Fragen zum Migrationspapier

Zurzeit läuft die Vernehmlassung zum Migrationspapier der SP Schweiz. Viele Genossinnen und Genossen diskutieren in Sektionen und Gremien den Entwurf mit dem Ziel, am Parteitag vom 8./9. September eigene Anträge dazu zu stellen. «links» hat zwei Nationalrätinnen und zwei Nationalräte gebeten, jeweils drei Fragen zum Migrationspapier zu beantworten.



Jacqueline Badran ist Nationalrätin ZH



Beat Jans ist Nationalrat BS

Ist es richtig, dass sich die SP jetzt mit einem Papier zum Thema Migration positioniert?

Jacqueline Badran Ja – es ist sogar dringend notwendig. Dieses Thema beschäftigt viele Menschen und darf keinesfalls nationalistischen und ausländerfeindlichen Kreisen überlassen werden. Wir müssen linke Antworten auf die drängenden Probleme rund um die Migration finden. Nur hätte ich Personenfreizügigkeit und Asylwesen nicht im gleichen Papier behandelt.

Beat Jans Ja, eine Partei darf keine Tabuthemen kennen. Sie soll sie aber fundiert anschauen und breit diskutieren. Das tut die SP mit diesem Papier.

Cesla Amarelle Migration ist ein politisches Thema, das alle angeht, und es ist richtig, dass sich eine grosse Partei wie unsere hier positioniert. Trotzdem überrascht die Agenda.

Erstens, weil die Arbeit auf den von Bundesrätin Simonetta Sommaruga eröffneten grossen Baustellen bereits läuft: Zwei Asylgesetzrevisionen sind in der parlamentarischen Diskussion, der Gesetzesentwurf betreffend Ausländerinnen und Ausländer und deren Integration ist in der Vernehmlassung und der Entwurf für eine Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes kommt im Herbst ins Parlament.

Zweitens, weil das Papier ursprünglich vor allem Tabus brechen und die von einigen gewünschte Rückkehr zu Kontingenten bei der Personenfreizügigkeit thematisieren wollte. Davon ist im vorliegenden Text nicht die Rede. In diesem Kontext versteht man nicht ganz, was das Papier politisch denn nun wirklich soll.

Martin Naef Die Migration war und ist für die Schweiz ein zentrales Thema – und wird es auch in Zukunft bleiben. Dass sich die SP hier politisch einbringt, ist absolut notwendig. Und zwar als Stimme der Vernunft, aber auch als Stimme der Migrantinnen und Migranten. Papiere und Debatten gehören zur politischen Auseinandersetzung in einer Partei. Und sie spiegeln ihre Haltung nach innen und aussen. Welche Wichtigkeit sie in der politischen Arbeit haben, das kann man zumindest hinterfragen. Ich bin auch nicht sicher, ob es eine positive Wirkung hat, wenn wir so tun, als müssten wir uns neu positionieren. Es geht hier vielmehr darum, unsere Haltung darzustellen. Und das ist mit dem Papier sicherlich gelungen.

Welche Aussagen des Papiers sind wichtig und dürfen am Parteitag im September auf keinen Fall rausfallen?

Jacqueline Badran Die zentralen Aussagen sind jene zur Standortpolitik. Jede Woche verlagert ein neuer Konzern den Hauptsitz in die Schweiz. Diese macht sich mit ihrer Steuerdumping-Politik und immer erfinderischeren neuen Steuerregimes mitschuldig an der Vernichtung von europäischem Steuersubstrat. Damit heizt sie die Migration an und verschärft das transnationale Reichtumsgefälle, was wiederum Migrationsströme auslöst.

Beat Jans Wichtig und neu ist, dass die SP die flankierenden Massnahmen weiter fasst. Es braucht neben arbeitsrechtlichen Massnahmen auch Schritte, um die Wohn- und Lebenskosten tief und die Anstellungschancen durch Bildung hoch zu halten. Wichtig ist auch, dass die SP klar aufzeigt, was die wahren Gründe

der hohen Einwanderung in die Schweiz sind. Es sind nicht offene Grenzen, sondern eine unreflektierte Standortpolitik, die auf tiefen Unternehmenssteuern fusst.

Cesla Amarelle Grundsätzlich zu begrüssen sind die Ausweitung des freien Personenverkehrs auf Nicht-EU-Staaten und die Verstärkung der flankierenden Massnahmen.

Martin Naef Wir müssen uns gegen die ständigen Verschärfungen im Asylwesen wehren und im Interesse der Asylbewerbenden rasche und faire Verfahren einfordern. Ebenso dringlich ist eine Regularisierung der Sans-Papiers. Für eine Begrenzung des Bevölkerungswachstums braucht es keine Einschränkung der Personenfreizügigkeit oder der möglichen Einwanderungsländer – sondern eine Bildungsoffensive und eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik. Die Bevorzugung von Reichen und Unternehmungen, welche die knappen Ressourcen nutzen, aber der breiten Bevölkerung keinen Mehrwert bringen, muss aufhören. Dagegen muss es in unserem Land auch weiterhin Platz haben für bedrohte und verfolgte Menschen, und ebenso für Arbeitskräfte und ihre Familien aus Ländern ausserhalb Europas.

Was muss am Migrationspapier unbedingt noch verändert respektive verbessert werden?

Jacqueline Badran Für mich hat das Papier eine zu grosse «Innen-aussen-Sicht» und ist zu sehr auf die Wahrung (vermeintlicher) nationaler Interessen ausgerichtet. Wir erleben aber eine Situation, in der multinationale Un-



Cesla Amarelle ist Nationalrätin VD



Martin Naef ist Nationalrat ZH

ternehmen und Superreiche die Gewinnerinnen sind und die Verlierer die Lohnabhängigen in ganz Europa. Das Kapital kann von nicht harmonisierten Standortbedingungen profitieren und aus einer Arbeitnehmerschaft von hunderten Millionen auswählen. Folge davon sind sinkendes Steuersubstrat, massiver Druck auf die Löhne (auch die mittelständischen) und eine Wanderung Tausender Menschen dem Kapital hinterher. Eine vermehrte «Oben-unten-Betrachtung» wäre also angemessener. So wie wir den interkantonalen Steuerwettbewerb bekämpfen, müssen wir angesichts des ruinösen internationalen Steuerwettbewerbs in internationaler Zusammenarbeit ebenfalls eine EU-weite Harmonisierung fordern. Unsere Nichtmitgliedschaft in der EU hindert uns keineswegs daran, das anzugehen.

Mittelfristig müssen wir die Ursachen der Migration erklären und bekämpfen, anstatt mit flankierenden Massnahmen die Kollateralschäden zu verwalten. Linke Politik muss das Kapital verteilen und nicht die Menschen an das Kapital.

Im Rahmen der nationalen Interessenwahrung geht das Papier im Weiteren zu stark davon aus, dass wir dauerndes Wachstum und damit Migration brauchen, zum Beispiel um unsere Sozialwerke zu sichern. Das ist eine veraltete Wirtschaftspolitik. Wir brauchen neue Modelle einer gerechteren Gleichgewichtswirtschaft, die keinen Wachstumszwang mehr kennt. Zentrale Vision muss letztendlich sein, dass jeder Mensch dort, wo er sich zu Hause fühlt, in Würde leben kann.

Beat Jans Das Papier ist gut. Es deckt auf, dass das Schweizer Wachstumsmodell vielen Menschen, die hier leben, nicht dient. Zum Beispiel treibt der notwendige Infrastrukturausbau

die Kosten für den Öffentlichen Verkehr in die Höhe. So werden alle stärker belastet, auch wenn sie sich gar nicht häufiger oder weiter bewegen. Ich fordere deshalb eine Beteiligung der Wirtschaft am Ausbau des Öffentlichen Verkehrs. Es braucht eine zweckgebundene Unternehmenssteuer für die ÖV-Infrastruktur. Und noch etwas: Die SP muss versuchen, ihre Alternativen zu der verfehlten Wachstumspolitik klarer zu skizzieren. Dazu sollte sie ein eigenes Papier erarbeiten. Wie sieht eine Wirtschaftspolitik aus, welche den hiesigen Ressourcen besser Rechnung trägt? Den natürlichen ebenso wie den menschlichen.

Cesla Amarelle In Sachen Menschenrechte ist der Text sehr zögerlich: Kaum Kritik an der Ungleichbehandlung und Diskriminierung, die MigrantInnen erleiden, keine neuen Forderungen bezüglich Integration oder Regularisierung – man lässt es mit den Bedingungen des geltenden Gesetzes bewenden. Keine laute Kritik an den Asylverfahren und den Verfahrensfehlern. Zwangsausschaffungen nach «Niveau IV» (Spezialflüge) werden legitimiert. Mehrere Punkte vertragen sich nicht mit unseren Werten. Sie sind zu streichen und durch neue, offensive Vorschläge zu ersetzen wie:

Eine aktive Rekrutierungspolitik für alle ArbeitsmigrantInnen. Mit dem Elite-Migrationsregime muss Schluss sein. Die vom Bund vergebenen Kontingente für aussereuropäische Migration müssen für alle Arbeitsuchenden gelten, die unsere Wirtschaft benötigt. Nicht nur für Hochqualifizierte.

■ Neue Garantien für Sans-Papiers im Kampf gegen Schwarzarbeit. Bei offensichtlichem Missbrauch durch skrupellose Arbeitgeber muss es möglich sein, betroffenen Sans-Papiers während des arbeitsschiedsgerichtlichen

Verfahrens Kurzaufenthaltsbewilligungen zu erteilen – wie für Cabaret-Tänzerinnen heute schon möglich.

■ Einen neuen Regularisierungs-Mechanismus. Das sehr subjektive Kriterium der «guten Integration» – das zu Willkür und zu Unterschieden von Kanton zu Kanton führt – muss durch objektive Kriterien ersetzt werden. Ein dauerhafter Aufenthalt – ob legal oder illegal – von fünf Jahren auf Schweizer Boden rechtfertigt, wenn keine Vorstrafen vorliegen, für sich schon die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung.

■ Ein neues Statut für die vorläufige Aufnahme. Viel zu lange schon leben Menschen mit F-Ausweis in prekären Umständen. Sie müssen erleichterten Zugang zum B-Ausweis oder dem Schweizer Bürgerrecht erhalten.

Martin Naef Wichtig scheint mir, dass wir davon ausgehen, dass Migrantinnen und Migranten wirtschaftlich, aber auch kulturell und menschlich die Voraussetzung für die Existenz unseres Landes sind. In der politischen Debatte werden immer Zerrbilder von Bedrohung und Risiken gezeichnet. Da sollte die SP auf keinen Fall mitmachen. Der erste Teil des Untertitels «Chancen der Migration nutzen» gefällt mir also eindeutig besser als der zweite, schon sprachlich etwas eigenartige Teil («Risiken wirksam bekämpfen»). Im Papier muss zum Ausdruck kommen, dass die SP eine Politik macht mit dem Ziel, dass es allen Menschen in diesem Land unabhängig von ihrer Nationalität möglichst gut geht. Das heisst aber auch, dass Ausländerinnen und Ausländer ebenso angewiesen sind auf einen Ausbau der flankierenden Massnahmen am Wohnungsmarkt oder bei den Arbeitsbedingungen wie Schweizerinnen und Schweizer.

KNALLROT

Barbara Berger
Zentralsekretärin
SP Frauen Schweiz,
barbara.berger@sp-frauen.ch



Sondersession: Sondereffort für die Gleichstellung!

Auf den 7. März, den Equal Pay Day, und den 8. März, den Internationalen Tag der Frau, hin hat sich in der Schweiz eine neue Frauenallianz gebildet. Das Bündnis von Frauen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften ist sich einig: Lohnungleichheit hat Priorität. Denn noch immer und in Verletzung des Gesetzes verdienen Frauen für die gleiche Arbeit durchschnittlich 18,4 Prozent weniger als Männer. Vertreten in der Allianz sind die Business and Professional Women (BPW), die SGB-Frauenkommission, die BDP, die Grünliberalen, die CVP Frauen, die FDP, die Liberalen Frauen und die SP Frauen.

Die Handlungsansätze der Organisationen mögen im Einzelnen voneinander abweichen. So ist die SP Frauen im Gegensatz zu anderen überzeugt, dass freiwillige Massnahmen nicht zum Ziel führen. Alle sind sie sich jedoch einig, dass das Lohn-Tabu gebrochen und dass über die Löhne geredet werden muss. Das hat auch dazu geführt, dass in der Legislaturplanungs-Kommission des Nationalrates die Lohnungleichheit als Massnahme zur Gleichstellung der Geschlechter aufgenommen wurde.

Am 2. und 3. Mai wird das Plenum des Nationalrates in einer Sondersession über die Legislaturplanung 2011–2015 befinden. Die Kommissionsmehrheit war der Ansicht, die Gleichstellung sei im Entwurf des Bundesrates zu wenig berücksichtigt. So hat sie mit 11 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine neue Leitlinie beschlossen, wonach die Schweiz für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau sorgt – vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Der SP-Fraktion ist es damit in der Legislaturplanungs-Kommission des Nationalrates gelungen, gerade in der Gleichstellung wichtige Akzente zu setzen. Das ist ein wichtiger und ermutigender Etappensieg!

Die Lohnungleichheit wird als eine Massnahme in dieser Leitlinie aufgeführt und von einer klaren Mehrheit der Kommission getragen.

Wie wichtig die Gleichstellung und die Lohnungleichheit dem gesamten Parlament ist, wird sich Anfang Mai weisen.

**Mehr Informationen zur Sondersession
des Nationalrates: www.parlament.ch
Mehr Informationen zur Frauenallianz:
www.sp-frauen.ch/standpunkte**



7. SP-PLAUSCH- FUSSBALLTURNIER IN OLTEN

Sonntag, 3. Juni 2012, im Bifang Olten

- Mannschaften mit 6 Spieler/innen
- Gespielt wird auf kleinem Feld
- Der Plausch steht an erster Stelle
- Anmeldungen an urs.huber@sev-online.ch
- Infos unter www.sp-olten-goesgen.ch



Sozialdemokratische Partei
der Stadt Olten und der Amtei Olten Gösgen



Seit 35 Jahren unterstützt
Oikocredit benachteiligte
Menschen mit fairen Darlehen.

Helfen auch Sie mit, indem
Sie Anteilscheine von
Oikocredit zeichnen.

Legen Sie Ihr Geld sozial
verantwortlich und nachhaltig
bei Oikocredit an.

www.oikocredit.ch
044 240 00 62



Für Inserate
im links

Kilian Gasser
Medienvermarktung
GmbH
Hellgasse 12
6460 Altdorf
T 041 871 24 46
M 079 443 55 21
F 041 871 24 47
kg (at) kiliangasser.ch

Steuerpolitik dies- und jenseits der Hülftenschanze

SP Basel-Stadt



Einreichung des Referendums gegen die Senkung der Unternehmensgewinnsteuer.

Am 17. Juni stimmt Basel-Stadt über die Gewinnsteuer ab. Es geht um rund 50 Millionen Franken, auf die Basel-Stadt jedes Jahr verzichten soll. Das ist viel Geld. So viel gibt der Kanton jährlich für Theater, Tanz und Musik zusammen aus.

Zur Debatte steht die dritte Senkung der Unternehmenssteuer innerhalb von nur vier Jahren. Der maximale Gewinnsteuersatz wurde 2008 und 2010 schon von 24.5 auf 20 Prozent gesenkt. Nun soll er bereits auf 18 Prozent gesenkt werden. Es geht Schlag auf Schlag. Damit nähert sich der Kanton Basel-Stadt der Baselbieter Steuerpolitik an. Oder anders gesagt: Er macht dieselben Fehler.

Basel-Landschaft hat sei-

ne Steuereinnahmen im letzten Jahrzehnt um rund 130 Millionen Franken gesenkt. Am stärksten wurden die Unternehmen entlastet. Allein im Jahr 2006 um 64 Millionen auf Kantons- und um 12 Millionen auf Gemeindeebene. Viele verbanden damit die Hoffnung, dass der Einnahmefall durch eine bessere Wirtschaftsdy-

namik kompensiert werde. Heute wissen wir, dass das ein Fehler war. Die Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Der Kanton Basel-Landschaft schreibt zum dritten Mal hintereinander ein hohes Defizit. Er hat ein Einnahmenproblem. Die Folgen sind happig und betreffen alle. Unter anderem werden Schulen geschlossen und der

ÖV wird ausgedünnt. In Frage gestellt werden auch Beiträge an die Uni, das Stadttheater und andere gemeinsame Institutionen der beiden Basel. Das sind auch für die Wirtschaft negative Signale. Die Entlastung der Wirtschaft hat sich als Eigentor entpuppt.

Der Kanton Basel-Stadt sollte daraus lernen. Denn er prognostiziert ebenfalls Defizite. Der Finanzplan der Regierung sieht für die Jahre 2014 und 2015 Haushaltsdefizite und neue Verschuldung vor. Denn Basel-Stadt muss seine Schulen und Spitäler umbauen. Deshalb ist es falsch, die Gewinnsteuer weiter zu senken.

Die Parlamentsmehrheit hält dem entgegen, dass die Steuer-senkung ja in kleinen Schritten erfolgen soll und nur, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt seien. Die Senkung kommt nur, wenn wir nicht in eine Rezession laufen und die Schuldenquote ein bestimmtes Mass nicht überschreitet. Diese Bedingungen sind gut, aber sie bewahren den Kanton in keiner Weise davor, dass er sich wieder stark verschuldet und dass er schon bald mit einem strukturellen Haushaltsdefizit da-

steht. Die SP Basel-Stadt will keine Baselbieter Finanzverhältnisse. Deshalb hat sie gegen die dritte Gewinnsteuersenkung das Referendum ergriffen. Damit stärkt sie die bis dahin vorsichtige und erfolgreiche Finanzpolitik der rot-grün dominierten Regierung.



Beat Jans
ist Nationalrat
der SP Basel-Stadt

Steuerwettbewerb oder was?

Dass das Baselbiet unter den Folgen der Steuersenkungen leidet, muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Aber vielleicht ist es angebracht, den fatalen Mechanismus des Steuerwettbewerbs grundsätzlich in Frage zu stellen. Stimmt nämlich die Standortat-

traktivität, sind die Steuersätze für Unternehmen sekundär. Weshalb denn sonst ist die Straumann AG vor Jahren aus dem Baselbiet in die vermeintliche Steuerhölle Basel gezogen?

Wenn die beiden Basel auch noch anfangen, sich gegenseitig

mit tieferen Steuersätzen das Wasser abzugraben, dann ist es definitiv Zeit dafür, über eine Kantonsfusion nachzudenken.

Ruedi Brassel ist Landrat und Sekretär
der SP Baselland



Auf der Strasse wurden innert 60 Tagen über 7000 Unterschriften gesammelt – rekordverdächtig!

Nein zur Ladenöffnungs-Zwängerei

Im Kanton Luzern gehörte die SP im Kampf gegen liberalisierte Ladenöffnungszeiten immer zu den Gewinnerinnen an der Urne. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat kann es aber nicht lassen und beschloss eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Wochenende und vor Feiertagen.

Beide Forderungen wurden letztmals im Jahr 2006 an der Urne klar abgelehnt. Und dies aus gutem Grund: Die Liberalisierung beschleunigt das Verschwinden der kleinen Läden zugunsten der grossen Ketten. Das betroffene Verkaufspersonal sowie der Detaillistenverband sagen deshalb Nein zur Schwächung des Detailhandels, zu noch schlechteren Arbeitsbedingungen im Verkauf und zur Zwängerei der Total-Liberalisierer.

Nein zur Schwächung der KMU und der Dorfäden

Jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden. Deshalb schaffen längere Ladenöffnungszeiten keine neuen Stellen. In den meisten Geschäften muss einfach mit gleich viel Personal länger gearbeitet werden. Andererseits entstehen höhere Betriebskosten. So geht es letztlich um die Existenz der Dorf- und Quartierläden, welche gemessen an der Verkaufsfläche mehr Personal beschäftigen als die grossen und anonymen Läden. Ziel der Liberalisierung ist nicht die Anpassung an herbeige-

redete «Konsumbedürfnisse», sondern mehr Marktanteile für Grossverteiler und Discoun-ter. Die Abstimmungen im Kanton Luzern zeigten aber jedes Mal, dass die Kundschaft eine Vielfalt an Einkaufsmöglichkeiten will und nicht nur grosse Ketten mit möglichst langen Öffnungszeiten.

Nein zu schlechteren Arbeitsbedingungen im Verkauf

Längere Arbeitszeiten wirken sich negativ auf das familiäre, soziale und kulturelle Leben des Verkaufspersonals aus. Im Detailhandel arbeiten mehrheitlich Frauen, darunter viele alleinerziehende Mütter. Sie leiden besonders

Es geht nicht nur um die Bedürfnisse eines kleinen Teils der Kundschaft, sondern vor allem um das direkt betroffene Verkaufspersonal!

unter einer Erweiterung der Ladenöffnungszeiten, unter Arbeit auf Abruf oder anderen flexiblen Arbeitsverhältnissen. Gemäss Umfragen lehnen deshalb über 90 Prozent der im Detailhandel beschäftigten Angestellten eine Ausdehnung der Öffnungszeiten ab. Für die anderen ist die Arbeit im Verkauf meist ein Studentenjob oder Nebenerwerb auf Zeit. Sollen deswegen der Mehrheit der gelernten Verkaufsangestellten schlechtere Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden? Längere Öffnungszeiten bei gleichem Umsatz und Personalbestand bedeuten noch mehr Stress

und mehr Präsenzzeit am Arbeitsplatz. Bei der Frage der Ladenöffnungszeiten geht es nicht nur um die Bedürfnisse eines kleinen Teils der Kundschaft, sondern vor allem um das direkt betroffene Verkaufspersonal!

Nein zur Totalliberalisierung

Die geänderten Shopping-Bedürfnisse gelten nur für eine Minderheit der Kundschaft. Zwischen 2006 und 2010 gab es in diversen Kantonen bei 90 Prozent aller Liberalisierungsvorlagen ein Nein an der Urne. Auch die Luzerner Bevölkerung hat sich am 21. Mai 2006 klar gegen die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten vor Feiertagen ausgesprochen. Die vorliegende Liberalisierungsvorlage umgeht nicht nur den Volkswillen, sie erweckt auch den Eindruck von nur kleinen Schritten: Hier eine Stunde mehr, dort ein neuer Abendverkauf. Letztlich ist sie aber blosser Türöffner für weitere Liberalisierungsschritte bis hin zur Totalliberalisierung. Eine entsprechende Initiative haben die Jungfreisinnigen mit Hilfe der GLP bereits eingereicht. Ihr Argument: Die Nachbarkantone haben fixe Ladenöffnungszeiten bereits abgeschafft. Konsumtempel hätten am besten 24 Stunden pro Tag und auch sonntags offen. Diese Salamitaktik der Total-Liberalisierer ist zu verurteilen. Die Bevölkerung hat genug von der Zwängerei bei den Ladenöffnungszeiten!

Marcel Budmiger, Mitglied der GL SP
Kanton Luzern und Geschäftsführer des
Luzerner Gewerkschaftsbundes.
Kontakt: mbudmiger@gmx.ch



NAGRA WILL (FALSCH) TATSACHEN BEI ENDLAGERN SCHAFFEN

Erst den Ausstieg beschliessen

Die Lösung der Atommüll-Frage soll den Bau neuer Atomkraftwerke ermöglichen. Daher sucht die NAGRA dringend einen Standort für ein Tiefenlager. Weil die Aargauer Regierung keinerlei Widerstand leistet, steht der Aargau im Fokus des Interesses der Atom-Lobby und der NAGRA.

Zwar hat nach dem Ständerat auch der Nationalrat am 6. Dezember 2011 drei der fünf Motionen zum Atomausstieg mit 125 zu 58 deutlich gutgeheissen, doch der Atomausstieg ist damit noch lange nicht besiegelt. Die Motionen sind nur ein Auftrag an den Bundesrat, die entsprechenden Änderungen im eidgenössischen Energiegesetz zu erarbeiten und den Räten vorzulegen. Dann werden National- und Ständerat erneut über die konkreten Gesetzesänderungen beraten. Gelingt es der Atom-Lobby bis zu diesem Zeitpunkt – mit Unterstützung des Bundesamts für Energie und der NAGRA – die Atommüll-Frage zu lösen, wird der Atomausstieg unter anderen Vorzeichen diskutiert werden.

Atommülllager Voraussetzung für neue AKWs
Atomausstieg und Atommüll-Frage können nicht getrennt betrachtet werden. Mit der Nachricht, dass die Atommüll-Frage gelöst ist, werden die bürgerlichen Parteien und wohl auch Teile der Grünen, möglicherweise sogar

die Natur- und Landschaftsschutzorganisationen (diese wehren sich vor allem gegen den Ausbau von Wind- und Wasserkraft) den Atomausstieg nicht mehr unterstützen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass viele bürgerliche Politikerinnen und Politiker nach wie vor am Finanztropf der Energie-Konzerne hängen. Und schliesslich wurde mit dem Diktum von 2011, dass es «kein Technologie-Verbot» geben dürfe, das Hintertor für neue Atomkraftwerke sperrangelweit offen gelassen.

Darum arbeitet die NAGRA zur Zeit auf Hochtouren daran, einen Standort für ein Atommüll-Tiefenlager zu finden.

Aargauer Regierung wehrt sich nicht

Dabei ist in dieser hochsensiblen Frage die Sicherheit wichtiger als eine schnelle Lösung! Für hochradioaktive Abfälle liegen zwei der drei möglichen Standorte im Aargau, ebenso für schwach- und mittelverseuchte Abfälle. Zufall oder politisches Kalkül der NAGRA? Die Regierungen von Zürich, Schaffhausen,

Thurgau und Solothurn, auf deren Territorium ebenfalls Standorte für Atommülllager geprüft werden, haben bereits deutlich geschlossenen kantonalen Widerstand signalisiert. Der Kanton Basel-Landschaft hat die Pflicht der Regierung zum Widerstand gegen Atommülllager in der Verfassung festgeschrieben. Die Aargauer Regierung dagegen bleibt merkwürdig still. Ohne Widerstand der Behörden ist ein Atommüll-Tiefenlager natürlich leichter durchzusetzen.

Zuerst kommt A und erst dann B

Ich will hier nicht über die Sicherheit möglicher Standorte für Atommülllager fachsimpeln. Aber wer den Atomausstieg will, muss sich dafür einsetzen, dass die Reihenfolge in der Diskussion stimmt: Zuerst muss der Ausstieg aus der Atomenergie diskutiert und beschlossen werden. Erst dann können mögliche Standorte für ein Atommüll-Endlager und die Sicherheitsfaktoren evaluiert werden.

Eva Schaffner von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Aargau, Co-Präsidentin «Nie wieder Atomkraftwerke» (NWA) Aargau und Kandidatin für die Grossratswahlen am 21. Oktober.



BEZNAU STILLLEGEN!

Beznau 1 und 2 wurden 1957 geplant – eine Zeit, als die Schweiz noch den Bau von Atombomben



plante. 1958 erklärte der Bundesrat, Atomwaffen seien zum Schutz der Neutralität notwendig: Die Produktion von 12 Atombomben war geplant und ein Reglement für den Einsatz wurde entworfen. Im gleichen Jahr wurde mit dem Bau des Atomreaktors Lucens begonnen, der zehn Jahre später seinen Betrieb aufnahm und kurz darauf, am 21. Januar 1969, GAU-mässig explodierte.

Im selben Jahr ging der Beznau-1-Reaktor in Betrieb, der ungefähr den gleichen technologischen Stand aufwies wie der zu Schrott gewordene Lucens-Versuchsre-

aktor, der nun im Zwiilag Würenlingen strahlt – für Zehntausende von Jahren.

Aus dieser Zeit also stammen unsere Alt-AKW's Beznau 1 und 2. Sicherheitsvorkehrungen waren rudimentär, der Umgang mit radioaktiven Strahlen war fahrlässig, trotz der Atombombenabwürfe 1945 war das Vorstellungsvermögen, was bei einem grossen Unfall passieren könnte, sehr eingeschränkt. Die Behörden waren auf beiden Augen blind.

Eigentlich hätte man schon vor Jahrzehnten mit diesen AKW's gleich verfahren sollen wie mit den berühmten Röntgenapparaten in den Schuhgeschäften: Diese wurden von einem Tag auf den anderen entfernt – aus Sicherheitsgründen, da den Behörden langsam dämmerte, welche Gefahren lauerten, wenn der Schuh-

verkäufer, die Mutter und das Kind, das einen neuen Schuh anprobierete, in den Apparat starteten, das Kind die Zehen bewegte und alle drei beobachteten, wie sich die hell und gelb-grünlich leuchtenden Fussknöchelchen bewegten. Und wenn das Kind mehrere Paar Schuhe anprobierete, war es minutenlang ungeschützt diesen Strahlen ausgesetzt. Das war etwa der damalige Sicherheitsstandard.

Unvorstellbar, dass heute ein AKW mit damaliger Bauweise ans Netz gehen könnte!

Heute, nach Lucens, nach Sellafield, Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima, kennen wir die möglichen Gefahren und Auswirkungen eines grossen AKW-Unfalls: Tausende von Quadratkilometern können verstrahlt und für Jahrzehnte unbewohnbar bleiben. Die Schäden würden

Tausende von Milliarden betragen, für die der Bund, der Kanton, vor allem aber die Bevölkerung, die Opfer also, aufkommen müssten. Das Risiko tragen wie bei den Wirtschaftskrisen der Staat und die Bevölkerung. Nur stehen hier unsere Lebensgrundlagen, unsere Existenz, unser nacktes Überleben auf dem Spiel.

Bis jetzt haben wir mit den beiden Reaktoren Glück gehabt aber mit jedem Tag steigt das Unfall-, Störfall- und Pannen-Risiko.

Beznau, das weltweit älteste AKW, das ungenügend gegen Erdbeben gesichert ist, die heutigen Sicherheitsanforderungen nicht erfüllt und nur noch aus Rendite- und Profitgründen betrieben wird, ist stillzulegen. Und zwar so rasch wie möglich.

Martin Christen von Turgi ist SP-Grossrat.



SPITZE FEDER

Bern macht Geschäfte

Neulich landete ich an einem Anlass unter lauter Unternehmern und Standortpromotoren, fast alles Männer. Wir standen herum und tranken Wein. Ein Jungunter-



nehmer erzählte eine Geschichte: Wolle eine ausländische Unternehmung ihren Rechtssitz in die Schweiz verlegen, lasse

sie sich von mehreren Kantonen Konditionen offerieren. Der Kanton mit dem besten Angebot erhalte den Zuschlag. Nun müsse das nicht zwingend Zug oder ein anderer steuergünstiger Kanton sein, gerade neulich habe der Kanton Bern einen prächtigen Fisch an Land gezogen.

Da mag die schöne Landschaft dazu beigetragen haben. Wichtiger sei aber gewesen, erzählte der Mann, dass die Firma fünf Jahre lang keine Steuern zahlen müsse. Arbeitsplätze werde sie der Region übrigens keine beschern, es werde bloss irgendwo ein Briefkasten angeschrieben. Berns Interesse an dem Deal bestehe im hohen Steuersatz, der laut Vereinbarung nach Ablauf der fünf Jahre auf die «angesiedelte» Unternehmung angewendet werde. Das Unternehmen hingegen setze darauf, dass es zu diesem Zeitpunkt bereits „gemergt“ (von engl. Merger, Firmenzusammenschluss) worden sei, wie der Businessmann «übernommen und abgehauen» in seiner Sprache ausdrückte.

Seither quälen mich zwei Fragen: Bin ich wirklich so zynisch, dass ich die Geschichte glaube? Oder bin ich wirklich so naiv, dass ich sie nicht glaube?

Christoph Hämman ist Journalist und lebt in Bern



Schon 2011 war die SP an der BEA – zwischen Staubsaugern und Gartenzäunen, dieses Jahr sind wir prominent am Haupteingang.

Zwischen den (Melk-)Stühlen?

An der diesjährigen BEA ist offiziell das Berner Oberland zu Gast, aber auch die SP wird, gleich beim Messeingang, Präsenz markieren. Wie das wohl ausgeht? Der Praktikant auf dem SP Sekretariat wagt einen Blick in die Zukunft.

Die diesjährige Gastregion an der BEA gehört nicht gerade zu den sozialdemokratischen Stammländern, im Gegenteil: Kürzlich war zu lesen, dass zwei der «rechtsten» Gemeinden der Schweiz dort liegen. Doch die SP Kanton Bern wagt sich auch dieses Jahr auf die grösste Berner Messe. Dem Praktikanten mit «Zürischnurre» bietet sie genug Stoff für einige zukünftige Einträge in sein Tagebuch.

Sonntag, 29.4.2012, 21:33

Die ersten Tage nach der Eröffnung am Freitag waren ein voller Erfolg. Das Wetter hätte frühlingshafter kaum sein können und lockte Jung und Alt scharenweise an die Messe. Doch nicht nur die Sonne sorgte für einige rote Köpfe, auch der SP-Stand gleich beim Eingang aufs Messegelände liess so manches Gemüt überko-

chen. Etliche hielten sich mit ihren Ansichten zu unserer Politik nicht zurück. Zum Glück galten die einzigen physischen Kontakte dabei ihren Sprösslingen, welche sie von unserem Stand wegzerren mussten, bevor diese einen wunderschönen roten Ballon hätten ergreifen können.

Sei's drum, wir leben schliesslich in einer Demokratie mit Meinungsfreiheit, und die schlechte Laune und das Gestürm der Kinder wird wohl spätestens beim Streichelzoo verfliegen sein.

Donnerstag, 3.5.2012, 18:17

Zeit, eine Halbzeitbilanz meiner BEA-Erfahrungen zu ziehen. Mal abgesehen von den ewig genervten Mitmenschen, deren Zahl sich zu meiner Erleichterung aber in Grenzen hält, scheinen die Reaktionen eines Grossteils der Besucher auf unseren roten Stand zwischen Indifferenz und verhaltenem Amusement zu schwanken. Nach dem eher turbulenten Auftakt scheinen sie sich an die SP gewöhnt zu haben. Hin und wieder kommt es auch zu ausgesprochen interessanten Gesprächen mit Gästen, welche unsere Positionen zwar hinten und vor-

ne nicht nachvollziehen können, die aber mit Respekt und selten witzlos mit uns diskutieren. Unser Line-Up von Politprominenz trägt sicher das Seine dazu bei, dass unser Stand trotz aller Meinungsverschiedenheiten attraktiv bleibt. Zusätzlich hat sich offenbar herumgesprochen, wie köstlich und praktisch unsere Traubenzuckerpäckchen sind, die Energie für einen ganzen BEA-Tag liefern – natürlich für alle statt für wenige.

Montag, 7.5.2012, 9:30

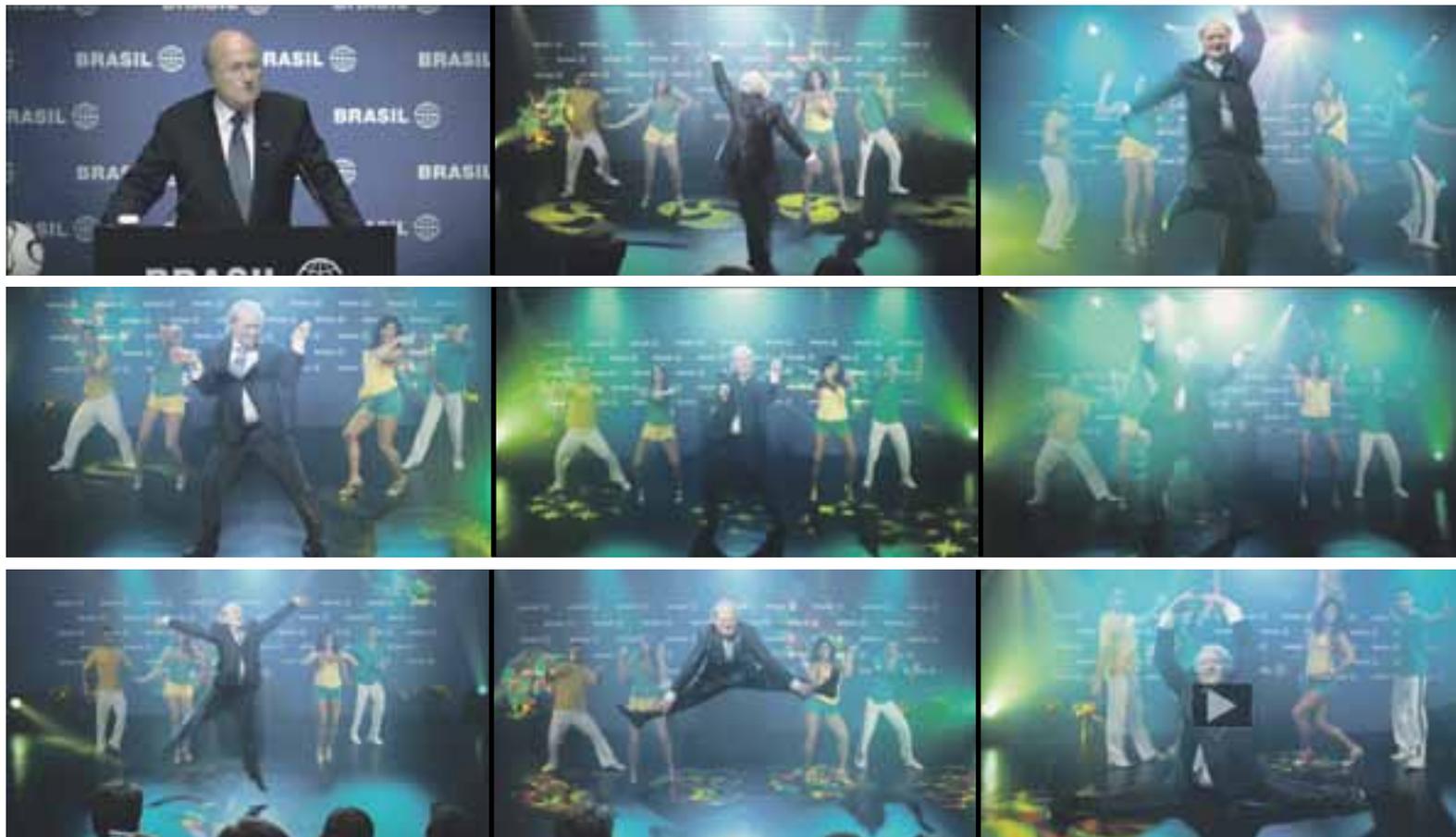
Wie das Wetter, so haben sich auch die letzten erhitzten Gemüter gegen Ausstellungsende noch abgekühlt. Nach etwas mehr als einer Woche hat man sich auch als «Aussteller» an den zum Teil hektischen Messebetrieb gewöhnt, im Gedächtnis hängen bleiben da nur noch die wirklich guten Episoden. Wie zum Beispiel, dass ich mich mit dem Schmidlin Dani, Gartengeschäftsbesitzer und unser Standnachbar, etwa eine Stunde über die Aufzucht von Basilikum unterhalten habe. Dani wählt leider auch nach diesem Gespräch immer noch nicht SP.

DIE SP AN DER BEA

Wann: 27. April bis 6. Mai,
9 bis 18 Uhr
Wo: BEA (Tram 9 Haltestelle
Guisanplatz)
Stand: Freigelände H9 07



Dennis Rau, Praktikant
SP Kanton Bern



Fifa-Boss Blatter flippt aus

Schon zwei Jahre vor Beginn der Fussball-WM 2014 kommt es im Gastgeberland Brasilien zu groben Verstössen gegen die Menschenrechte. Mit einer neuen Kampagne macht Solidar Suisse nun auf die Missstände aufmerksam.

Ein völlig entfesselter Sepp Blatter tanzt, flankiert von vier brasilianischen Tänzerinnen und Tänzern, im Anzug über die Bühne und landet ganz am Schluss im Spagat. Wer genau hinsieht, merkt: Das ist nicht Sepp Blatter. Das Video gehört zur neusten Kampagne von Solidar Suisse gegen die Verletzung der Menschenrechte im Vorfeld der Fussball-Weltmeisterschaft 2014 in Brasilien. Einen Tag nach der Lancierung des Videos meldete sich der Mediensprecher der Fifa zu Wort: Der Weltklasse-Spagat des Blatter-Doubles sei zwar sehr beeindruckend – auf eine solche Persiflage könne jedoch keine ernste Stellungnahme erwartet werden. Dies ist ein weiterer Versuch der Fifa, sich aus der Verantwortung zu stellen. Hinter dem witzigen Youtube-Video steckt nämlich eine bitterernste Realität: In Südafrika, Brasilien und zukünftig wohl auch in Russland und Qatar verletzen die jeweiligen Regierungen vor der Fussball-WM

die Menschenrechte. Die Fifa ihrerseits könnte das verhindern, indem sie nicht nur Vorgaben betreffend Lizenzen, sondern auch betreffend Menschenrechte machen würde.

Fussball ist etwas, das Spass und Freude machen sollte. Doch wie es heute aussieht, wird die WM in Brasilien kein Fest für alle.

Wie es heute aussieht, wird die WM in Brasilien kein Fest für alle.

■ Bis zum Anpfiff der WM 2014 werden 150 000 bis 170 000 Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben und ganze Quartiere müssen dem Bau von Stadien und Infrastrukturanlagen wie Strassen oder Flughäfen weichen. ■ Zehntausende Strassenhändlerinnen und -händler werden aufgrund der Lizenzpolitik der Fifa in ihrer Existenz gefährdet. Bereits heute nämlich werden ihnen die Lizenzen entzogen und sie verlieren ihre Verkaufsplätze.

Hingegen erhalten die Fifa-Partner wie Adidas oder Budweiser exklusive Verkaufsrechte.

■ Die Fifa und ihre WM-Sponsoren wie etwa Coca Cola weigern sich, ihre Gewinne in Milliardenhöhe in Brasilien zu versteuern. Einnahmen in der Höhe von 680 Millionen US-Dollar werden Brasilien dadurch entgehen. Bereits jetzt zeichnet sich ein ähnliches Debakel ab wie für Südafrika bei der WM 2010: Südafrika blieb auf einem Schuldenberg von fast drei Milliarden Dollar sitzen – während die Fifa drei Milliarden Dollar Gewinne einstrich.

Noch ist es nicht zu spät: Die Fifa hätte es durchaus in der Hand, die WM zu einem Fest für alle zu machen. Über 25 000 Menschen haben Fifa-Boss Sepp Blatter bereits ihre Meinung gepfeiffen und sich mit der Unterzeichnung einer Petition den Forderungen von Solidar angeschlossen. Über weitere Unterstützung auf www.solidar.ch freuen wir uns. Bleiben wir am Ball und machen wir weiter Druck auf die Fifa!

Andrea Arezina
ist Kampagnenmitarbeiterin
bei Solidar Suisse



Hände weg von Frauenrechten

Exakt zehn Jahre nach Einführung der Fristenregelung fordern konservativ-religiöse Kreise die Aufhebung der Zahlungspflicht für Krankenkassen bei Abtreibungen. Damit greifen sie die Rechte und die Würde der Frau an.

In der Volksabstimmung vom 2. Juni 2002 wurde die Fristenregelung mit über 72 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Dieser Entscheid basierte auf einer jahrzehntelangen breiten Diskussion in der Öffentlichkeit. Die Zahlungspflicht der Krankenversicherung für den Eingriff war integrierender Bestandteil der Abstimmungsvorlage und wurde vom Volk klar gutgeheissen. Dies wird nun durch eine neue Initiative bekämpft. Das Hauptargument der Kosten ist dabei nur ein vorgeschobenes. Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche machen nämlich nur 0,02 Prozent der gesamten Gesundheitskosten aus.

Die Fristenregelung jedoch hat sich in den zehn Jahren seit der Abstimmung bewährt: Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist – trotz Bevölkerungszunahme – nicht angestiegen und ist eine der niedrigsten in ganz Europa. Zu verdanken ist das vor allem einer guten Prävention.

Wir brauchen eine Gesellschaft, in der eine intakte Gesundheit nicht vom Portemonnaie abhängt. Das bedeutet auch, Zugang zu Verhütung und Abtreibung zu haben, ohne durch finanzielle Barrieren behindert zu werden.

Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ist ein Angriff auf die Errungenschaften der Fristenregelung und auf das Recht der Frauen auf sexuelle und reproduktive Gesundheit.

■ Sie erschwert den Zugang zum Schwangerschaftsabbruch für finanziell oder sozial benachteiligte Frauen und gefährdet ihre Gesundheit.



■ Sie verspricht fälschlicherweise Kostensenkungen im Gesundheitswesen, zielt aber eigentlich auf die Stigmatisierung des legalen Schwangerschaftsabbruchs.

■ Sie diskriminiert die Frauen, indem sie die Männer aus der finanziellen Mitverantwortung entlässt.

■ Sie untergräbt das Solidaritätsprinzip der Grundversicherung.

Die Annahme der Initiative wäre ein katastrophaler Rückschritt für die Rechte der Frau in der Schweiz. Frauen machen sich die Entscheidung über eine Abtreibung nicht leicht und stellen sich der Verantwortung, die diese Entscheidung mit sich bringt. Gerade Frauen mit niedrigem Einkommen und alleinerziehende Frauen – nach der Statistik besonders armutsgefährdet – würden bei einer Annahme der Initiative keine freie Entscheidung

mehr fallen können. Wieder wären wir so weit, dass Frauen Kinder in die Welt setzen müssen, die, aus welchen Gründen auch immer, unerwünscht sind. Für die genötigten Mütter und deren Kinder ist das ein gesundheitsgefährdender Zustand. Das Risiko, Misshandlungen und Gewalt ausgesetzt zu sein und an Depressionen, psychischem und physischem Stress zu leiden, bis hin zum Suizid, wären wahrscheinliche Folgen dieser Initiative.

Wenn die Initiantinnen und Initianten behaupten, ein Schwangerschaftsabbruch sei keine Frage der Gesundheit, dann sei auf die zahllosen Frauen verwiesen, die während einer illegalen Abtreibung in einem Hinterzimmer verblutet sind. Es ging immer auch um das Recht der Frau auf Gesundheit.

Dieser Rückschritt darf unter keinen Umständen eintreten. In der Schweiz ist die Abtreibungsrate im Vergleich mit ganz Europa eine der niedrigsten und das Geld, das man damit angeblich einsparen kann, würde dafür gebraucht, die Folgen einer solchen Initiative aufzufangen.

Diese Initiative hat nur eines zum Ziel: Die Würde und die Rechte der Frau anzugreifen. Dies ist einer demokratischen, aufgeklärten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts mitten in Europa nicht würdig.

10 JAHRE FRISTENREGELUNG

Veranstaltung zum 10. Jahrestag der Volksabstimmung zur Fristenregelung

10 Jahre Fristenregelung – wir wollen keine Rückschritte

Samstag, 2. Juni 2012, 10 bis 14 Uhr

Im «5^{ème} Etage», Mühlenplatz 11, Bern (Matte)

mit Anita Cotting (Geschäftsführende Direktorin «Sexuelle Gesundheit Schweiz»); Anne-Marie Rey, ehem. Co-Präsidentin Schweiz. Vereinigung für Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs; Regina Widmer und Helene Huld, Frauenärztinnen FMH (Frauenpraxis Runa), APAC-Suisse; Lea Kusano, Stadträtin Bern; Jacqueline de Quattro, Regierungsrätin Kanton Waadt. Moderation: Barbara Berger (SP Frauen) und Claudine Esseiva (FDP Frauen)

Anmeldung bis 25. Mai an Claudine Esseiva: esseiva@fdp.ch, Generalsekretariat FDP.Die Liberalen Frauen, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

Programm unter www.sp-frauen.ch/treffpunkte

Yvonne Feri
ist Nationalrätin AG





SBB Cargo

«STOPP DEM KAHLSCHLAG BEIM WAGENLADUNGSVERKEHR»

Jetzt Petition unterschreiben

Bevor sich das Parlament zum Wagenladungsverkehr äussern kann, schafft SBB Cargo Tatsachen: Ein Drittel aller Zustellpunkte soll geschlossen werden. Dagegen leistet eine Allianz aus Parteien, Gewerkschaften und Verbänden mit einer Petition Widerstand.

Während das eidgenössische Parlament eine Gesamtkonzeption des Schienengüterverkehrs in der Schweiz verlangt, beabsichtigt SBB Cargo die rasche Schliessung von 155 Zustellpunkten. Dies entspricht knapp einem Drittel des Angebotes. Dabei gibt der Bundesrat in Missachtung des Parlamentes der Unternehmung den Freipass, gar 29 Bedienpunkte des in der Leistungsvereinbarung festgelegten Grundangebotes aufzugeben.

Dieses Vorgehen gefährdet ernsthaft die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, die Zunahme beim Lastwagenverkehr verstopft die Strassen und führt zu Investitionsbedarf im Strassenbau. Es widerspricht unseren klimapolitischen Zielen und gefährdet die Versorgungssicherheit, schadet der Entwicklung einzelner Regionen und untergräbt den Nutzen von Investitionen privater Unternehmen und der öffentlichen Hand in Anschlussgleise.

Und nicht zuletzt führt es zu einem Personalabbau.

Die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV hat nun eine Petition lanciert, welche diese voreilige Massnahme verhindern soll. Innert weniger Tage sind bereits mehrere Tausend Unterschriften von Mitarbeitenden und deren Umfeld zusammengekommen. Und es bildet sich eine Allianz gegen den Kahlschlag im Wagenladungsverkehr. Nebst der SP wirken dabei die folgenden Organisationen mit: Grüne, EVP, Juso, Junge Grüne, Ärztinnen und Ärzte für den Umweltschutz, Pro Bahn, VCS, WWF und Alpeninitiative.

Die Petition verlangt von SBB Cargo, das Abbauprojekt «Netz» zu stoppen, bis die politischen Grundlagen klar sind, und kritisiert die falsche Strategie wie folgt:

■ **Falsche Verlagerung:** Das Schweizer Volk will die Güter auf der Bahn. Unglaublich, dass das staatliche Bahnunternehmen das Gegenteil macht!

■ **Affront gegenüber der Politik:** Bevor das Parlament seine Haltung zum Wagenladungsverkehr bekanntgibt, schafft SBB Cargo vollendete Tatsachen.

■ **Abbau statt Aufbau:** Wo der Verkehr nicht rentabel ist, darf SBB Cargo nicht einfach den Betrieb einstellen, sondern muss zusätzliche Kunden gewinnen oder Abgeltungen anstreben.

■ **Stellen bedroht:** Dutzende Stellen sind in Gefahr; vor Ort, in den Rangierbahnhöfen, in der Zentrale.

Die Petition verlangt von SBB Cargo, das Abbauprojekt zu stoppen, bis die politischen Grundlagen klar sind.

Auf der Website der www.pro-cargo.ch kann die Petition direkt unterschrieben werden und es können Unterschriftenbögen heruntergeladen werden. Bitte nutzt die Frühlingssammlungen der Sektionen und den 1. Mai zum Sammeln – für einen starken Service public!



Philipp Hadorn ist Nationalrat SO und Gewerkschaftssekretär SEV

Tausche wichtigen gegen guten Arbeitsplatz!

Der Aufruf der Pflegefachleute in Deutschland zum diesjährigen internationalen Tag der Pflege am 12. Mai ist provokant. Er spiegelt sehr genau auch die Befindlichkeit der Pflegenden in der Schweiz wider.

Tatsache ist, dass in den Pflegeberufen seit Jahren chronische Überbelastung herrscht. Entsprechend hoch sind die Ausfallzeiten durch körperliche und psychische Krankheiten. Allerorten wird der Pflegefachkräftemangel beklagt. So kommt es, dass zunehmend auch Ungelernte in Pflege und Betreuung eingesetzt werden. Während die verbliebenen Fachkräfte durch Arbeitsverdichtung und durch ein immer höheres Arbeitstempo überspitzt gesagt zerschlagen werden. Die einen retten sich in die Teilzeit, um ihre Gesundheit zu schützen und die geforderte Leistung weiterhin zu bringen. Viele verlassen ihren geliebten Beruf. Wann endlich werden diese Alarmsignale zur Kenntnis genommen? Wann wird entsprechend gehandelt? Man sei sich des Problems zwar bewusst, doch mit der Verabschiedung des Masterplans «Bildung Pflegeberufe» und der «Nationalen Strategie Palliative Care» seien die politischen Weichen gestellt und die notwendigen Massnahmen eingeleitet, hiess es aus dem Bundesamt für Gesundheit unter der Führung von Bundesrat Didier Burkhalter.

Den Ball einfach den Kantonen zuzuschieben, löst die Probleme aber nicht. Die Bereitschaft, griffige Lösungen in Taten umzusetzen,

hält sich nämlich in Grenzen. Mit Plänen auf Papier ist noch nichts erreicht. Mit untauglichen Lösungsvorschlägen, wie sie Bundesrat Maurer mit seiner Verpflichtung der Frauen für den Zivildienst präsentiert hat, noch viel weniger. Er will in einem Beruf, der hohe menschliche und fachliche Anforderungen stellt, einfach den billigsten aller Wege gehen. Das ist falsch. Was es braucht, ist die Finanzierung von Zweitausbildungen, die Stärkung des Pflegepersonals und Rahmenbedingungen, welche der Fachlichkeit und der Verantwortung gerecht werden. Damit die Pflegefachfrauen und -männer ihre hohe Fachkompetenz im Interesse der Patienten eigenständig einsetzen können.

Basis für die zukünftige Pflegeentwicklung

Darum freue ich mich, dass National- und Ständerat die parlamentarische Initiative zur rechtlichen Anerkennung der Verantwortung der Pflege angenommen haben. Pflegefachpersonen sollen ihre Leistungen zum Teil in eigener Verantwortung, also eigenständig und nicht nur auf ärztliche Anweisung, erbringen können. Damit ist das Fundament für die zukünftige Pflegeentwicklung als wesentlicher

Teil des Service public gelegt. Denn Pflege in Patienten- und Wohnortnähe kann nicht nur in teuren Gesundheitsinstitutionen, sondern wenn nötig sehr gut auch ohne aufwändige, teure Infrastruktur wirkungsvoll und nachhaltig geleistet werden. Sie wird sich noch vermehrt in neue Nischen wie Gemeinschaftspraxen, Ambulatorien oder «Walk-in-Pflegeinstitutionen» bewegen.

Spitexdienste stehen im Zentrum

Mit der Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung mit Fallkostenpauschale (DRG) kommt es zu einer Verlagerung der Pflege in den Spitexbereich. Der Pflegebedarf wird von diplomierten Pflegefachkräften ermittelt. Die Finanzierung ist jedoch nur dann gesichert, wenn diese Bedarfsabklärung auch vom Arzt visiert wird. Die gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege wird die Ärztinnen entlasten, damit sie sich dank einer guten Zusammenarbeit mit den Pflegenden auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Pflegefachkräfte wollen und können Ärzte nicht ersetzen, aber sie fordern zu Recht, dass ihre Professionalität endlich anerkannt wird. Das nützt den Patienten, weil sie einen direkteren Zugang zu den Pflegeleistungen erhalten, fördert die Kosten-Wirkungs-Effizienz und die Teamarbeit auf Augenhöhe.

Integrierte Versorgung ist mehr als die Managed-Care-Vorlage

Die Zahl von chronisch kranken Menschen steigt. Diese Patientengruppen haben einen grossen Bedarf an Pflege. Hier leistet der Vorstoss einen wichtigen Beitrag, damit Pflegefachpersonen in der integrierten Versorgung ihre Aufgabe eigenständig wahrnehmen können. Die heutige Managed-Care-Vorlage setzt allein auf Ärztenetzwerke. Was es aber wirklich braucht, sind Versorgungsnetze, welche alle Leistungserbringer mit ihren Kompetenzen, Verantwortungen und Entscheidungshoheiten einbinden. Diesbezüglich bietet die Vorlage keine Vorschläge. Sagen wir auch darum, zusammen mit den Pflegeverbänden, Nein zur Managed-Care-Vorlage.



Ex-Press

Bea Heim
ist Nationalrätin SO



GENOSSEN

Von Max Chopard-Acklin, Nationalrat SP (AG)



100 % erneuerbar, 100 % Ruedi

Wer noch nicht weiss, wie der Umstieg auf saubere, erschwingliche Energien gelingen soll, dem empfehle ich das neue Buch von Rudolf Rechsteiner.

Ruedi Rechsteiner war nicht nur mein Sitznachbar im Nationalrat, er ist vor allem auch ein politischer Energieexperte und Buchautor mit klaren Positionen. Im März erschien sein neuester Wurf: «100 Prozent erneuerbar». Es ist ein wahres Feuerwerk an Grafiken und Illustrationen, gepaart mit vorausschauenden Visionen und knallharten Fakten. Das Buch ist übersichtlich gruppiert in sechs Teile und zahlreiche Unterthemen. Dadurch eignet es sich auch als Nachschlagewerk. Liest man es von vorne nach hinten durch, muss man dafür die eine oder andere Wiederholung in Kauf nehmen.

Schon das Vorwort macht klar, um was es bei der Energiewende künftig gehen muss: «Erneuerbare Energien und Effizienz sind die grösste Geschäftsgelegenheit seit Erfindung der Dampfmaschine. Sie sind ohne Alternative, und für die Schweiz sind sie eine riesige Chance. Wer meint, wir sollten uns diesem Mega-Trend noch länger entziehen,

tut weder der Wirtschaft noch der Bevölkerung einen Gefallen.» Und Ruedi Rechsteiner bleibt die Antwort nicht schuldig, wie das Ganze dann konkret anzupacken wäre. Auf 223 Seiten beschreibt er alle relevanten Fakten von der Bedeutung der Schweiz als mögliche Stromdrehscheibe für die erneuerbaren Energien in Europa über die Auswirkungen von Fukushima bis zum Beschrieb von notwendigen Gesetzesänderungen, damit eine Umstellung auf sauberen Strom und weniger CO₂-Emissionen bis 2030 Realität werden kann. Ruedi Rechsteiner analysiert in seinem Buch vorhandene Problemfelder, zeigt mögliche Lösungsansätze auf und vermittelt Fachwissen in gut verständlicher Sprache.

Wer das Buch von Roger Nordmann «Atom- und erdölfrei in die Zukunft» gut fand, wird auch von Ruedi Rechsteiners Buch «100 Prozent erneuerbar» begeistert sein. Ich empfehle beide zur Lektüre.

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an

andrea.bauer@spschweiz.ch



Rudolf Rechsteiner: «100 Prozent erneuerbar». Orell Füssli, 2012, Fr. s29.90.

SMS-TALK



Julia Krummenacher (26) hat während der letzten 3 Monate ein Praktikum in der Abteilung Kampagnen und Kommunikation der SP Schweiz absolviert

Hallo Julia, hast du Zeit für ein SMS-Interview?

Klar! Wie lange habe ich auf diese Anfrage gehofft ;)

Oh nein, hättest du doch was gesagt! Gibt es sonst etwas, das du in deinen letzten Tagen bei der SP noch machen möchtest? Hast du einen letzten Wunsch?

Nein, ich kann mein Praktikum wunschlos glücklich abschliessen! Wenn es morgen am Abschiedsaperó Prosecco gibt, ist mein Glück perfekt ;)

Aha, eine Cüpli-Sozi! Warst du das schon vorher oder bist du das erst in den letzten 3 Monaten auf dem SP-Seki geworden ☺?

Bei den vielen Aperós hier auf dem Seki könnte das durchaus sein ... Neiiin, natürlich mochte ich Cüpli schon vorher. Das «Sozi» ist allerdings neu, gefällt mir ☺

Du wirst also nächstes Mal trotz deinem Praktikum SP wählen?!

Nicht trotz, sondern weil! Und um das Bild etwas zu korrigieren: Es hat mir sehr gefallen und ich habe vieles gelernt - nicht nur Aperólen ☺ Die Zeit ging so schnell vorbei, das ist doch ein gutes Zeichen.

Oh ... Das gefällt jetzt wiederum mir! Was war denn so das Highlight?

Sicher die Besetzung des Sekis durch die Sans-Papiers, obwohl mir Stefan und Käsi immer noch etwas leid tun, dass sie hier übernachten mussten... und natürlich: der tägliche Medienspiegel im Morgengrauen - schon cool, immer up-to-date zu sein.

Also das mit dem Medienspiegel war jetzt natürlich ironisch gemeint ;)

Dacht ichs mir doch ☺. Hast du ev. sogar etwas gelernt bei der SP?

Aber sicher! Über die Politik hinter den Kulissen. Aber auch: Organisieren einer Tagung, Social-Media-Betreuung, SP-gerechtes Beantworten von Briefen usw. ☺

Gibt es ein Leben nach der SP? Oder kommt jetzt das grosse Loch?

In den ersten Monaten stopfte ich das Loch mit einer Reise. Aber danach?! Wenn ich's nicht mehr aushalte, komm ich zurück und werde Generalsekretärin ;)

Das tönt vernünftig. Schliesslich bilden wir nicht Leute aus, damit sie dann in die Privatwirtschaft abspringen. Viel Spass!

Danke! Auch an alle Seki-Leute.

ROTSTICH

Blick auf Madalinas Nachttisch

An dieser Stelle folgt heute ein weiterer Beitrag aus unserer allseits beliebten Service-Reihe «Darf man das?». Die knifflige Frage, die uns dieses Mal umtreibt, ist ein Dauerbrenner: Darf man als guter Sozialdemokrat oder als gute Sozialdemokratin den «Blick» – Bannerträger des heimischen Boulevards, Stimme des kleinen Mannes und Megafon des rauchfreien Stammtisches – lesen und dazu stehen?

Früher, als noch ein Theologe aus dem Aargau die Spalten mit moralinsauer abgeschmecktem Inhalt füllte, war der «Blick» ja immerhin so etwas wie links. Das ist er jetzt nicht mehr. Werner de Schepper übrigens auch nicht. Wer die Emanzipation mit Füßen treten will, darf Artikel à la «Blick-Girl Madalina zeigt uns ihren Nachttisch», «Patrick sucht eine Frau, die waschen, kochen und putzen kann» oder Knaller wie «In Lima herrscht ein prima Ausschnitt-Klima» durchaus lesen und relevant finden.

Alle anderen – SozialdemokratInnen eingeschlossen – sollten sich die bunt und mit grossen Lettern bedruckten Seiten ausschliesslich im Sinne einer Horizonsweiterung zu Gemüte führen. Schliesslich kann es nicht schaden zu wissen, warum und was die gern zitierte Volksseele gerade kocht. Übrigens: Nein, auf Madalinas Nachttisch liegt nicht unser Parteiprogramm.

Immerhin rotiert das «links» im luzernischen Adligenswil jeweils durch die genau gleiche Druckmaschine wie das Ringier-Blatt. Das färbt mitunter sogar ein kleines bisschen ab. Beim «Blick» wird bekanntlich den drei «B» gehuldigt: Büsi, Brüste und Blut. Im «links» stehen meist Bundesrat, biegsame Bürgerliche und böse Banken im Fokus. Das gibt eindeutig mehr her. Deshalb gilt im Zweifelsfall: Wirf einen Blick ins «links» und lass den «Blick» links liegen. Oder so. *Cüpli-Sozi*

LESERINNENBRIEFE

Unterstützung von JungunternehmerInnen dank Parteienfinanzierung

Gesellschaft, Ökonomie und Ökologie sind eng verzahnte Bereiche. Wir SP-Frauen und -Männer wollen doch wesentlich dazu beitragen, dass diese Bereiche zum Wohle unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger harmonieren.

Ein innovativer, ökoeffizienter Werkplatz Schweiz ist doch für uns alle sehr wichtig. Jungunternehmerinnen beziehungsweise sogenannte Microunternehmer haben aber sehr oft viel Mühe, in der Start-up-Phase zinsgünstiges Fremdkapital zu beschaffen. In der Schweiz gibt es drei regionale Bürgschaftsgenossenschaften sowie die in der ganzen Schweiz tätige Bürgschaftsgenossenschaft SAFFA, die Kredite an Frauen verbürgt, die sich beruflich selbstständig machen oder ein bestehendes Geschäft ausbauen wollen. Die Bürgschaft ist nicht gratis: Neben den Kosten für die Prüfung des Gesuchs ist eine jährliche Risikoprämie zu entrichten. Sie

beträgt üblicherweise 1,25 Prozent des Bürgschaftsbetrags. Der respektive die Gesuchstellende muss eine Sicherheit stellen, was etwa in Form einer Todesfallrisiko-Versicherung in der Höhe des verbürgten Betrags, höchstens 500 000 Franken, erfolgen kann.

Die SP Schweiz könnte mit den willkommenen finanziellen Zuwendungen aus der Parteienfinanzierung kurzfristig, zum Beispiel während fünf Jahren, die 1,25 Prozent Risikoprämien und die Todesfallrisiko-Prämien der Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer ganz oder teilweise übernehmen.

Die SP Schweiz wird viel gewinnen, wenn sie künftig den hohen gesamtwirtschaftlichen Nutzen der 99,6 Prozent KMU-Unternehmen viel stärker betont; sie beschäftigen zwei Drittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bei der Mehrzahl dieser Unternehmen ist die Wertschätzung des Human Capital sehr hoch; deshalb sind hier Entlassungen selbst in Rezessionen eher selten.

Erste, wenn auch kleine Schritte auf dem Weg zum Ziel – Transparenz und Offenlegung der Parteienfinanzierung – sollten wir tatkräftig unterstützen. Mich freut, dass Grossunternehmen aus dem Finanzsektor wie Credit Suisse und Raiffeisenbank sich auf ihre gesellschaftliche Verantwortung besinnen und die Realwirtschaft stärker betonen, ohne dafür irgendwelche Gegenleistungen zu verlangen. Unsere Konkordanz-Demokratie erfordert, dass wir unterschiedliche Ansichten vertreten, uns austauschen, aufeinander zugehen, das Übereinstimmende betonen und im Interesse unserer Gesellschaft gemeinsam nach Lösungen suchen und sie auch durchsetzen. Wenn Cédric Wermuth und andere Genossinnen und Genossen nur das bewerten, was hinter uns liegt, dann fehlt ihnen der Mut zum Aufbruch zu neuen, tragfähigeren Lösungen.

Willi Herrmann
willi.herrmann@alumni.unisg.ch

Marktwirtschaftliche Unternehmen und Beschäftigte nach Grössenklassen, 2008

Grössenklassen nach Vollzeitäquivalenten	Unternehmen		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%
KMU (bis 249)	311 707	99.6	2 327 802	66.6
Mikrounternehmen (bis 9)	272 346	87.1	869 206	24.9
Kleine Unternehmen (10 bis 49)	33 183	10.6	760 780	21.8
Mittlere Unternehmen (50 bis 249)	6 178	2.0	697 816	20.0
Grosse Unternehmen (250 und mehr)	1 154	0.4	1 166 269	33.4
Total	312 861	100.0	3 494 071	100.0

Quelle: Bundesverwaltung admin.ch, Statistik Schweiz

SP60+? Bitte nicht!

Vor fünfzehn Jahren bin ich als über Sechzigjähriger in die SP eingetreten. Vom ersten Tag an war ich voll in das turbulente Leben unserer Sektion involviert. Der Weg in die Gremien der Partei und auch in die Behörden der Gemeinde stand mir offen. Jung, Alt und Mittelalter stritten um Probleme und suchten sie gemeinsam zu lösen. Das Alter war nie ein Thema. Natürlich muss ich aufpassen, Erfahrung nicht mit Besserwissererei zu verwechseln. Natürlich brauche ich etwas mehr Zeit, die Anliegen der Jungen zu verstehen

und zu billigen. Doch niemand lastet mir das an und alle sind wir froh über die Mitarbeit des andern mit seinen Eigenheiten und Qualitäten. Unsere SP ist ein vorbildliches Modell der Integration aller in die Gemeinschaft.

Sicher, die Jungen benötigen als Starthilfe eigene Strukturen. Und viele Frauen denken, ihre Gruppe bedürfe solcher. Aber wir Alten, wir brauchen diese wirklich nicht. Wer sich als alter Mensch politisch links engagieren will, findet in der SP seinen Platz. Alle Wege stehen ihm offen. Diese Tatsache darf die SP besser kommunizieren.

Möglicherweise haben ehemalige Verantwortungsträger den Eindruck, sie hätten nicht mehr den ihrem Wert entsprechenden Einfluss in der SP. Dann mögen sie ihre Anliegen in einer Arbeitsgruppe ausformulieren und im üblichen Rahmen in die Diskussion einbringen. Aber statutarische nationale Strukturen, Präsidium, Sekretariatsressourcen, Vertretung in der Parteileitung und wohl gar noch garantierte Plätze auf den Wahllisten – das ist kostspieliger, aufwändiger Leerlauf.

Hans-Ueli Voegeli, Boll

22. Juni
**Koordinationskonferenz
der SP Schweiz**

23. Juni
**Delegiertenversammlung
der SP Schweiz**

7. September
**Koordinationskonferenz
der SP Schweiz**

8./9. September
**Ordentlicher Parteitag
der SP Schweiz**

www.spschweiz.ch

SP FRAUEN SCHWEIZ

5. Mai, 1. Dezember,
jeweils 10–16 Uhr
Frauenkoordination

18. August, 10–16 Uhr
Frauenkonferenz
Ort noch offen

www.sp-frauen.ch

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:

abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger
(SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn),
Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Ruedi
Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP Kanton
Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau),
Pascal Ludin (SP Kanton Luzern), Benedikt
Knobel (SP Kanton Thurgau), Leyla Gül (SP
Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

andrea.bauer@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG

Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH

Hellgasse 12, 6460 Altdorf

Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47

kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23.4.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 29.5.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

**In folgenden Seminaren sind noch
einige Plätze frei.**

D2.4.1219
**Mut zur Zivilcourage – eingreifen
statt wegschauen!**

7.5.2012 in Ostermundigen/Bern
Zivilcourage, Menschenrechte, Vorurteile,
Diskriminierung, Rassismus, Gewalt.
Referent: Giorgio Andreoli
(Projektleiter gggfon)

D2.3.1201
**Sozialversicherungssystem
verständlich gemacht**

7.5.2012 in Zürich
Überblick über das System der sozialen
Sicherheit, Drei-Säulen-Prinzip,
Zusammenspiel der einzelnen Sozial-
versicherungszweige, gewerkschaftliche
Positionen. Referentin: Christine
Goll (ehemalige Nationalrätin)

D2.1.1207
Finanzkapitalismus und Krise
10.5.2012 in Olten
Ursachen und Folgen der Krise, Rolle
der Banken und der Börse, Regulie-
rungsmöglichkeiten, gewerkschaftliche
Forderungen. Referenten: Hans
Baumann (Ökonom und Publizist),
Oliver Fahrni (Thinktank Cargo3)

D2.2.1201
Einführung ins Arbeitsrecht
7.6.-8.6.2012 in Winterthur
Einzelarbeitsvertragsrecht, Gesamt-
arbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit, Kün-
digung, Gleichstellung. Referent: Ar-
thur Andermatt (Rechtsanwalt)

Die Kosten für Gewerkschaftsmit-
glieder werden meistens von der
Gewerkschaft getragen. Mit deiner
Anmeldung klären wir die Kosten-
frage ab und informieren dich unver-
züglich.

SP-Mitglieder, die nicht Gewerk-
schaftsmitglied sind, profitieren vom
reduzierten Tarif. Weiter kann bei
Monika Bolliger (SP Schweiz, Telefon
031 329 69 91) finanzielle Unter-
stützung beantragt werden.

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch,
per Mail [info@moven-
do.ch](mailto:info@moven-
do.ch), Telefon 031 370 00 70 oder
Fax 031 370 00 71

Die Faulheit droht



Oswald Sigg
ist AHV-Bezüger und
arbeitet trotzdem noch.

Als die Sozialdemokratische Partei 1921 die Vermögensabgabe-Initiative einreichte, warnte der Bundesrat die Stimmbürger: Ein Ja zur Initiative wird den Kommunismus in der Schweiz installieren. Das wirkte. Am 3. Dezember 1922 gingen 86 Prozent zur Urne und nur 13 Prozent stimmten mit Ja. Gegen die kürzlich lancierte Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) wird wieder der drohende Kommunismus ins Feld geführt. Doch jene, die wirklich begriffen haben, um was es beim Grundeinkommen geht, sagen: Die Jugendlichen werden den ganzen Tag lang auf der faulen Haut liegen.

Besonders in der Sowjetunion galt ja bis 1989 das Recht auf Arbeit für alle. Es wurde nötigenfalls mit Zwangsarbeit oder Arbeitslagern umgesetzt. Und jetzt wird bei uns mit dem BGE das Recht auf Faulheit eingeführt. Durch die Hintertür. Denn das steht so weder im Initiativtext noch im Kleingedruckten. Ein politischer Rosstäuschertrick. Im Unterschied zur Arbeit, die als Tugend gilt, ist die Faulheit ein Laster. Eine Droge, die zu Halluzinationen führt oder wenigstens zu anderen Gedanken. Man kann sogar einschlafen dabei. Einfach gar nichts tun, wo es doch so viel zu tun gäbe, ist asozial. Immerhin: Wie beim Biertrinken gilt für die Faulheit, dass ein vernünftiger Genuss sogar gesund ist. Aber zur Faulheit im Übermass kommt es zwangsläufig infolge arbeitsfreien Grundeinkommens. Insofern ist das Adjektiv bedingungslos grundfalsch. Die Faulheit birgt die Gefahr, zur übertragbaren Krankheit zu werden. Die Fäulnis kann sich von den BGE-anfälligen Schichten – in erster Linie Jugendliche – als Epidemie auf die ganze Gesellschaft ausbreiten. Wir vergessen immer wieder, dass es mitten unter uns einen Bevölkerungsteil gibt, der seit langem BGE-angesteckt ist. Es sind die AHV-Empfänger. Kaum erhalten sie die Rente, gehen sie nicht mehr arbeiten, sondern bleiben einfach zu Hause. Dort liegen sie die meiste Zeit faul herum und schauen fern. Spätestens vor der Sendung «10 vor 10» schlafen sie ein. So geht das ein paar Jahre oder auch länger. Aber mir ist kein einziger Fall bekannt, der die AHV überlebt hätte.

Dennoch darf die BGE-Initiative getrost unterschrieben werden. Ein Nein auf dem Stimmzettel ist immer noch möglich. Vorausgesetzt, man verpasst nicht die Abstimmung – vor lauter Faulheit.

Dreamtime Travel in Baden bietet weltweit erste, komplett «Fair Trade» zertifizierte Reisen an. Mit dem Gütesiegel «Fair Trade in Tourismus Südafrika» wurden erstmals Tourismusbetriebe anhand der internationalen «Fair Trade» Richtlinien ausgezeichnet.

Setzen Sie ein Zeichen und berücksichtigen Sie eine Tourismusform in Einklang mit der Bevölkerung und der Natur.



Mehr Details finden Sie unter www.fairreisen.ch Dreamtime Travel AG · 5401 Baden · 056 410 0101

dreamtime
TRAUMZIELE TRAUMREISEN

SPINAS CIVIL VOICES



DER KLIMAWANDEL VERSCHÄRFT DIE WASSERKRISE.

Helfen Sie uns, Menschen in Dürreregionen mit ausreichend Wasser zu versorgen.

www.helvetas.ch



Jetzt per SMS 30 Franken spenden: **Wasser 30 an 488.**



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt